



economiesuisse



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE

Medienmitteilung

Anpassung der bilateralen Verträge als Folge der EU-Erweiterung: logische Konsequenz des bilateralen Weges

Die Europäische Union (EU) hat heute ihr Mandat für die Verhandlungen mit der Schweiz im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung verabschiedet. Der Bundesrat dürfte schon bald das entsprechende schweizerische Verhandlungsmandat beschliessen. Aus Sicht der Schweizer Wirtschaft präsentiert sich die Anpassung der bilateralen Verträge als logische Konsequenz des bilateralen Weges im Verhältnis zur EU, den unser Land mit Erfolg eingeschlagen hat und der auch auf absehbare Zeit das Verhältnis zu unseren europäischen Nachbarn bestimmen dürfte.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die nächstes Jahr der EU beitretenden Staaten zu Europa gehören und mit unserer Volkswirtschaft immer mehr zusammenwachsen werden. Diese Länder zeichnen sich durch ein höheres Wirtschaftswachstum als die bisherigen EU-Länder aus. Gemäss jüngsten Prognosen der EU soll es 2003 3,1 % und 2004 4,0 % betragen (EU: 1,3 % bzw. 2,4 %). Die Schweiz pflegt traditionell gute Beziehungen mit diesen Staaten in Zentral- und Ost-Europa sowie im Mittelmeerraum. Aus Sicht der Schweizer Unternehmen ist die EU-Erweiterung zu begrüessen, da diese Handelspartner und Investitionsstandorte für sie zunehmend wichtiger werden. Der Beitritt zur EU wird die Rechtssicherheit in diesen Ländern weiter verbessern.

Bezüglich der schweizerischen Integrationspolitik kann festgehalten werden, dass mit der Erweiterung der EU auch unsere bilateralen Abkommen einen breiteren Wirkungsbereich erhalten und dass auf diese Weise der bilaterale Weg der Schweiz gestärkt wird. Befürchtungen, wonach durch die Freizügigkeit im Personenverkehr mit einer starken Zunahme der Zuwanderung zu rechnen sei, sind nach Auffassung der Schweizer Wirtschaft unbegründet. Dies umso mehr, als auch gegenüber den neuen EU-Mitgliedern dieselben Einschränkungen und Sicherungen gelten werden, die bereits im bestehenden Abkommen mit der EU eingebaut sind. Die Schweizer Wirtschaft unterstützt die Behörden in ihren Bemühungen, eine geregelte Ausdehnung des bilateralen Vertragsnetzes auch auf diese zukunftsorientierten Volkswirtschaften herbeizuführen.

Zürich, 6. Mai 2003

Rückfragen:

economiesuisse, 01 421 35 35

Schweizerischer Arbeitgeberverband, 01 421 17 17